

15.12.2015

Entschließungsantrag

**der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

zu der Beschlussempfehlung und dem Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/10600

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/9300
und
Ergänzung
Drucksache 16/10150

**Haushalt 2016
Herausforderungen annehmen – solide und zukunftsorientiert**

I. Ausgangslage

Der Haushalt 2016 investiert in die Zukunft unseres Landes und reagiert unmittelbar und zielgenau auf die besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen, denen sich Nordrhein-Westfalen bei Bildung, Infrastruktur und Wirtschaft, aber insbesondere auch durch die steigende Zahl von Flüchtlingen, zu stellen hat. Er stellt in einer historisch besonderen Situation die notwendigen Finanzmittel für Maßnahmen zur Aufnahme von Flüchtlingen und für die Unterstützung der Kommunen zur Verfügung. Mit dem Haushaltentwurf 2016 und den Änderungsanträgen der Fraktionen von SPD und Grünen setzt der Haushaltsentwurf darüber hinaus klare politische Akzente und ermöglicht wichtige Zukunftsinvestitionen in Bildung, gesellschaftliche Teilhabe, Infrastruktur und zum Schutz unseres wertvollen Naturerbes. Dies gewährleisten wir trotz schwieriger Rahmenbedingungen ohne die Neuverschuldung zu erhöhen.

Datum des Originals: 15.12.2015/Ausgegeben: 15.12.2015

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Herausforderungen bei der Unterbringung und Integration von Flüchtlingen

Die Aufnahme der zu uns kommenden Flüchtlinge stellt auch den Haushalt des Landes vor besondere Herausforderungen. Wir erfüllen mit dem Entwurf den Auftrag die Kommunen verlässlich und mit erheblichen zusätzlichen Mitteln zu unterstützen und für die wichtige Aufgabe Integration zur Verfügung zu stellen: Die Ausgaben in diesen Bereichen steigen von zwei Milliarden Euro in 2015 auf über vier Milliarden in 2016. Den Schwerpunkt bilden dabei zusätzliche Finanzmittel in Höhe von zwei Milliarden Euro für die Kommunen im Rahmen des FlÜAG und nahezu 5800 zusätzliche Lehrerstellen zur Unterstützung von Schulen. Die Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten des Landes ist ein wichtiger, aber bei weitem nicht ausreichender Schritt: Der Deckungsgrad der Bundesmittel sinkt von etwa 22 Prozent 2015 auf 19 Prozent 2016. Damit geht die Beteiligung des Bundes an diesen Kosten zurück. Anspruch und Wirklichkeit klaffen hier beim Bund weit auseinander. Dies macht deutlich, dass sich der Bund dringend stärker zu Gunsten von Kommunen und Ländern finanziell engagieren muss.

Maßnahmen für Integration sind Investitionen in die Zukunft, nicht nur für die, die heute zu uns kommen und bleiben werden, sondern auch für unsere Gesellschaft und die wirtschaftliche Entwicklung von NRW. Auch hier gilt der Ansatz der vorsorgenden Politik durch heutige Investitionen künftige negative Folgen für die Gesellschaft und die öffentlichen Haushalte zu vermeiden. Wer heute bei Sprachkursen und Integrationsmaßnahmen spart, belastet morgen zukünftige Generationen.

Verantwortung übernehmen – Zukunftsaufgaben gestalten – Kommunale Selbstbestimmung wiederherstellen

Gerade in der jetzigen Situation ist es wichtig, dass die notwendigen Leistungen für die Flüchtlingsversorgung nicht mit Kürzungen in anderen Bereichen einhergehen. Ganz im Gegenteil. Der Haushalt setzt bewusst die vorsorgende Politik der letzten Jahre fort. Mit dem Haushalt 2016 werden wichtige gesellschaftlichen Aufgaben erfüllt.

Mit zusätzlichen Finanzen für Kindertageseinrichtungen und den Wohnungsbau, durch die verstärkte Förderung des Breitbandausbaus und durch Zuweisungen in Rekordhöhe für die Kommunen in NRW werden die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Damit werden die notwendigen Mittel für bessere Bildung, für Vorbeugung gegen Wohnungsnot, für die tatkräftige wirtschaftliche Entwicklung des Landes und eine verlässliche Finanzausstattung der Kommunen zur Verfügung gestellt.

Gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken – Ehrenamt fördern

Schon mit ihren Änderungsanträgen zur zweiten Lesung des Haushaltes haben die Koalitionsfraktionen wichtige Maßnahmen, insbesondere für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in NRW, auf den Weg gebracht. Das Ehrenamt ist der Kit, der die Gesellschaft zusammenhält. Zusätzliche Mittel für Projekte zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus sowie Maßnahmen gegen den gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus, die verstärkte Förderung des Ehrenamtes insbesondere in Sport, Kultur und zur Hilfe für Flüchtlinge sowie mehr Unterstützung für Familien sind wichtige Maßnahmen, die das Zusammenleben stärken und Menschen unterstützen, die sich für unsere Gesellschaft engagieren.

Zukunftsinvestitionen Bildung, Infrastruktur und wirtschaftliche Entwicklung.

Mit den Anträgen zur dritten Lesung setzt die Koalition weitere wichtige Zukunftsinvestitionen um. Zur Verbesserung von Bildungschancen werden ein Investitionsprogramm für Kindertageseinrichtungen aufgelegt und deren Träger finanziell entlastet. Hier wird das Land durch die unmittelbare Durchleitung der „Betreuungsgeldmittel“ und die erhöhte Dynamisierung der

Kindpauschalen gemeinsam mit den Kommunen die von der schwarz-gelben Vorgängerregierung zu verantwortenden Finanzierungslücke in den Kindertageseinrichtungen schließen. Die jährliche Steigerung der Zuschüsse für den offenen Ganzttag wird ebenfalls auf 3 Prozent erhöht und so die Qualität der Angebote in den Schulen verbessert. Um dringend notwendige Sanierungsinvestitionen bei Straßen und Radwegen zu ermöglichen und gleichzeitig die Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs zu verbessern, werden genauso zusätzliche Mittel bereit gestellt, wie für die Förderung von Innovationen in kleinen und mittleren Unternehmen.

Generationengerecht investieren – Konsolidierungspfad beibehalten

Wir bekennen uns zum Ziel eines ausgeglichen Haushaltes, das wir spätestens 2020 erreichen werden. Gleichzeitig gilt es die notwendigen finanziellen Spielräume für Zukunftsinvestitionen und für die Bewältigung gesellschaftlicher Ausgaben zu sichern. Die sogenannte „schwarze Null“ ist kein Selbstzweck.

Schon im Haushaltsvollzug 2015 hätte das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes erreicht werden können. Der historischen Herausforderung im Bereich Flüchtlinge hat und wird sich aber auch der Haushalt weiter stellen müssen. Prognosen und Schätzungen, wie viel Mittel dafür noch mobilisiert werden müssen, sind heute seriös nicht möglich. Trotzdem sinkt auch 2016 die Nettoneuverschuldung. Dennoch ist bei weiter steigenden Flüchtlingszahlen auch eine stärkere Beteiligung des Bundes, insbesondere zu Gunsten der Kommunen, notwendig. Der Bund darf sich nicht wegen der Fokussierung auf die Schwarze Null bei dieser wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe aus der Verantwortung stellen. Maßnahmen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen durch den Verzicht auf andere wichtige gesellschaftliche Zukunftsinvestitionen zu finanzieren, ist genauso der falsche Weg, wie eine weitere Belastung von Familien durch die Einführung zusätzlicher Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen und Studiengebühren, wie von CDU und FDP vorgeschlagen.

II. Beschluss

Der Landtag stellt fest,

- Der Haushaltsentwurf wird mit den von den Koalitionsfraktionen eingebrachten Änderungen denen unter I. beschriebenen Ausgangslage gerecht.
- Der Haushalt stärkt die Kommunen und setzt wichtige Akzente für die Zukunftsfähigkeit Nordrhein-Westfalens.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- den eingeschlagenen Weg der Haushaltskonsolidierung durch den Dreiklang verantwortlicher Einsparungen, notwendiger Zukunftsinvestitionen und Einnahmeverbesserungen, insbesondere durch mehr Steuergerechtigkeit, konsequent fortzusetzen.

Norbert Römer
Marc Herter
Stefan Zimkeit

und Fraktion

Mehrdad Mostofizadeh
Sigrid Beer
Martin-Sebastian Abel

und Fraktion